



Aktueller Begriff

Vom NATO-Gipfel in Ankara im Juli 2026 zur Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Berlin im November 2026

Am 7. und 8. Juli 2026 trafen sich in Ankara die Staats- und Regierungschefs der 32 Mitgliedstaaten der [Nordatlantischen Allianz](#) zu ihrem diesjährigen [NATO-Gipfel](#). Auf dem Treffen unterstrichen alle Verbündeten, dass sie sich gemäß Artikel 5 des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten [Nordatlantikvertrages](#) weiterhin uneingeschränkt zur **kollektiven Verteidigung** bekennen. Danach ist ein Angriff auf ein NATO-Mitglied als Angriff auf alle zu werten. In einem solchen Fall sind alle Mitgliedstaaten verpflichtet, sich ggf. auch mit militärischen Mitteln für **die Sicherheit der Verbündeten** einzusetzen. In diesem Zusammenhang betonte NATO-Generalsekretär [Mark Rutte zum Abschluss des Gipfels](#):

„Here in Ankara, Allies reaffirmed their ironclad commitment to collective defence under Article 5 – that an attack on one is an attack on all, and we will stand together. Our unity, solidarity **and** collective strength remain the foundation of peace, security and prosperity.“

Die Notwendigkeit, über eine **Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung auf Grundlage glaubwürdiger Stärke, Entschlossenheit und Bündnissolidarität** zu verfügen, hatte 1949 auch den Anstoß zur [Gründung der NATO](#) gegeben. Damals bedrohte die Sowjetunion zunehmend die Sicherheit in Mitteleuropa. Sie verfolgte nach Ende des Zweiten Weltkrieges eine immer aggressivere Interessenpolitik und versuchte, mit ihrem wachsenden Militärpotential ihre Einflussosphäre kontinuierlich zu erweitern. Das am 29. Juni 2022 unmittelbar nach Beginn des völkerrechtswidrigen russischen Angriffs auf die Ukraine verabschiedete „[Strategische Konzept der NATO](#)“ als auch die [Abschlussklärung](#) zum jüngsten Gipfel in Ankara zeigen, dass heute der ursprüngliche Kernauftrag, der Schutz des eigenen Bündnisgebietes, erneut im Zentrum der NATO steht: Die **kollektive Verteidigung** ist nach Jahren des [weltweiten Krisenmanagements](#) **wieder zur prioritären Aufgabe** des Bündnisses geworden. Zu dieser Aufgabe leistet Deutschland an der NATO-Ostflanke mit der dauerhaften Stationierung der Panzerbrigade 45 „Litauen“ in diesem baltischen Staat einen zentralen Beitrag.

Nach einer [Phase der Annäherung](#) seit den 1990er Jahren wird Russland seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 und besonders nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Ukraine von der NATO als die erheblichste und direkteste Bedrohung für die Sicherheit der Bündnispartner eingeordnet. Zudem sieht sich die Allianz heute mit **weiteren großen Herausforderungen** konfrontiert. Neben der **Volksrepublik China als systemische Herausforderung** sowie einem deutlich erweiterten **Spektrum an Bedrohungen** (Cyber- und Informationsraum, Weltraum) beschäftigt die europäischen Mitgliedstaaten der NATO insbesondere die **künftige Bündnisrolle der USA**. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump übt politischen Druck auf die Europäer zur Übernahme größerer militärischer und finanzieller Verantwortung aus und droht regelmäßig mit einem Abzug von Truppen aus Europa. Dementsprechend war – auch angesichts geopolitischer Dynamiken – die **Lasten Neuverteilung** innerhalb der Allianz ein Schwerpunkt des Gipfeltreffens in Ankara.

Mit den Herausforderungen, denen sich das Bündnis gegenübersteht, befasst sich auch die [Parlamentarische Versammlung der NATO](#) (NATO PV). Seit ihrer Gründung im Jahr 1955 bietet sie 281 Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus den NATO-Mitgliedstaaten ein **Diskussionsforum, um sich über sicherheits- und verteidigungspolitische Themen von gemeinschaftlichem Interesse auszutauschen**. Die NATO PV trifft sich zweimal im Jahr zu einer viertägigen Tagung. Die Frühjahrstagung findet üblicherweise im Mai,

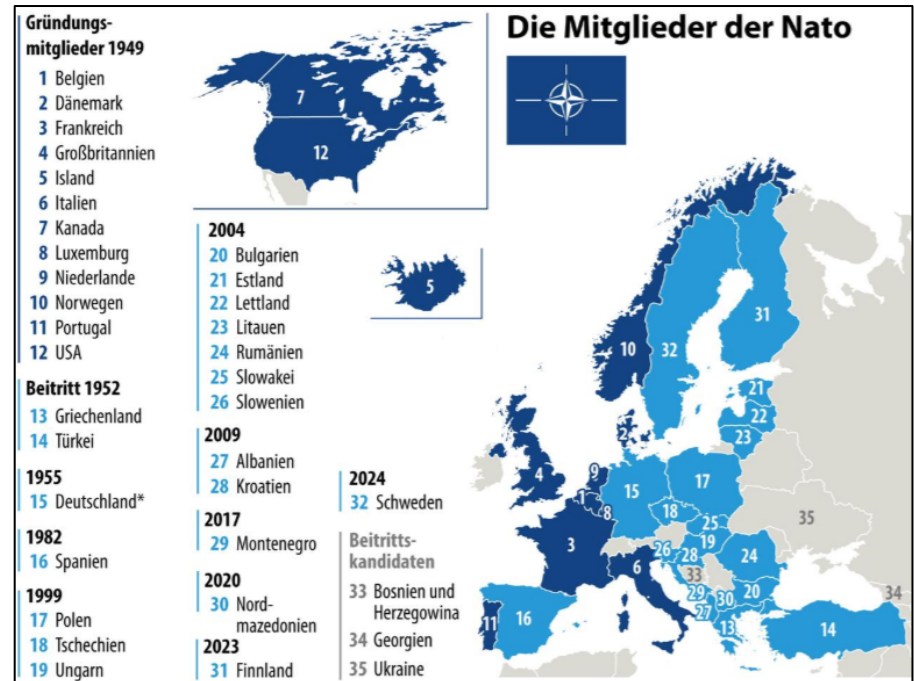


Abb. 1: Mitgliedstaaten der NATO und ihre Beitrittskandidaten (Quelle: dpa-infografik)

die Jahrestagung im Herbst statt. Es gibt keine festgelegte Reihenfolge der gastgebenden Parlamente. Deutschland hat 18 Sitze in der Versammlung: Der Deutsche Bundestag entsendet zwölf Abgeordnete, der Bundesrat sechs Mitglieder (zumeist Innenminister aus den Bundesländern). Die deutsche Delegation wird gegenwärtig von der Abgeordneten Marja-Liisa Völlers (SPD) geleitet.

Der [Deutsche Bundestag](#) ist zusammen mit dem [Bundesrat](#) Gastgeber der diesjährigen **Jahrestagung** der NATO PV, die vom **20. bis 23. November 2026** in **Berlin** stattfindet. Zu dieser Tagung werden bis zu **600 Teilnehmende** aus den NATO-Mitgliedstaaten, den Kandidatenländern (Bosnien und Herzegowina, Georgien, Ukraine) sowie aus 19 weiteren Staaten erwartet, die in der Versammlung Partner für umfassende Sicherheit und Stabilität sind. Auf der Agenda der Fachausschüsse (Demokratie und Sicherheit, Verteidigung und Sicherheit, Wirtschaft und Sicherheit, Politik, Wissenschaft und Technologie) stehen die Beratungen von Berichtsentwürfen und Entschließungstexten. Die Delegierten werden sich u. a. mit der **Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Allianz, der Rolle der Parlamente bei der Beschleunigung von Innovationen im Verteidigungsbereich** und der **Aufrechterhaltung erhöhter Verteidigungsausgaben** befassen. Dazu werden hochrangige Rednerinnen und Redner aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft erwartet. Im Interparlamentarischen Ukraine-NATO-Rat wird mit ukrainischen Delegierten über die aktuelle Lage debattiert. Die Versammlung wird zudem eine neue Präsidentin bzw. einen neuen Präsidenten wählen. Im Plenum ist ferner ein Meinungsaustausch mit dem Generalsekretär der NATO vorgesehen.



Abb. 2: Logo NATO PV 2026

Die Ausrichtung der Jahrestagung 2026 der NATO PV durch Bundestag und Bundesrat bietet die besondere **Gelegenheit zum Dialog mit den Mitgliedern und Partnern der NATO** zu den aktuellen geopolitischen Herausforderungen und die **Möglichkeit, das außen- und sicherheitspolitische Engagement Deutschlands in der NATO und seinen hiermit verbundenen Einsatz für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu verdeutlichen**.

Literatur:

- [Strategisches Konzept der NATO](#), Auswärtiges Amt, 29. Juni 2022.
- Deutscher Bundestag, [Parlamentarische Versammlung der NATO \(NATO PV\)](#).